

Bezugspreis:

Bestellbet. 30.— M. monatl. 10.— M.
frei ins Haus, wenn zahlbar. Post-
bezug. Monatlich 10.— M. inkl. An-
stellungsgeld. Unter Bezugnahme für
Deutschland und Ostpreußen-Ungarn
10.70 M. für das übrige Ausland
bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M.
Wochensendungen nehmen an Dänem-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden,
Tschechoslowakei und die Schweiz.
Eingetrogen in die Post-Zustellungs-
Anstalt.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal. Sonntags und Monta-
gags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigengeld:

Die achtspaltige Kompositionelle
Zeile 3.— M. Teuerungszuschlag 50%
„Kleine Anzeigen“. Das erste
gedruckte Wort 1.— M. (zweites und
letztgedruckte Wort), jedes weitere
Wort 1/2 Pf. Stellenanzeigen und
Schließanzeigen das erste Wort
60 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zahlen für
zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%.
Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 2.— M., politische und ge-
werkschaftliche Anzeigen
3.— M. die Zeile ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schlußzeit
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Worinplan, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 2. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Worinplan, Nr. 11753—54.

Niederlage der Bolschewisten.

Kopenhagen, 2. Juni. Einem Telegramm aus Warschau zufolge wird von der bolschewistischen Front gemeldet: Die Niederlage, die die Bolschewisten in Weißrussland erlitten, brachte die Offensive zum Stehen. Alle Versuche des Feindes, weiter gegen Schweden vorzurücken, sind gescheitert. In der Perekina hat der Feind eine neue große Niederlage erlitten, diesmal nördlich von Bobruisk, wo die polnische Kavallerie ein ganzes russisches Kavallerieregiment umringte und gefangen nahm und dabei eine große Menge Kriegsmaterial erbeutete. Es bestätigt sich, daß die Bolschewisten die Friedensverhandlungen mit Lettland zum Anlauf nahmen, um an der lettischen Front östlich von Dünaburg einen Ueberwältigungsversuch zu machen; sie wurden jedoch von den Letten zurückgeworfen und erlitten große Verluste.

25 Millionen Pfund Sterling für Palästina.

Rotterdam, 2. Juni. Einer Londoner Meldung zufolge hat die jüdische Organisation beschlossen, 25 Millionen Pfund Sterling aufzubringen, um die organisatorische Arbeit in Palästina auf breiter Grundlage in Angriff nehmen zu können.

Kraffins Erklärungen.

Amsterdam, 2. Juni. Dem Londoner „Star“ zufolge erklärte Kraffin bei seiner Unterredung mit Lloyd George, daß die Ge-

treibebestände in Rußland nicht übermäßig hoch seien, daß Rußland aber eine große Menge Torf, Flachs, Häute und verschiedene andere Rohstoffe liefern kann. Dem „Star“ zufolge sprach Lloyd George Kraffin gegenüber seine Bereitwilligkeit aus, Rußland aus seinen gegenwärtigen Schwierigkeiten zu helfen.

Der Kampf gegen die C. G. T.

Paris, 1. Juni. Gegen den Allgemeinen Arbeiterverband (C. G. T.) ist eine neue Unternehmung eingeleitet worden, weil er amtlich nicht anerkannte Gewerkschaften unter Umgehung des Gesetzes aufgenommen hat. Gemeint sind die Gewerkschaften der verschiedenen Beamtenvereinigungen, die vor einigen Wochen ihren Anschluß an die C. G. T. beschlossen haben.

Die dänischen Sozialisten für die Republik.

Kopenhagen, 2. Juni. (Til.) Im Namen der sozialistischen Gruppe legte in der gestrigen Sitzung des Verfassungsausschusses des dänischen Reichstages die Abänderungsvorschläge zur Verfassungsrevision vor. Die Sozialisten fordern danach die Einführung des Einamtersystems, die Einführung der Republik und die Herabsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre. In den nächsten Tagen wird die zweite Lesung des dänischen Verfassungsentwurfes stattfinden.

U. S. P. und Internationale.

Was die „Freiheit“ nicht bringt.

Das Internationale Sozialistische Bureau sendet uns folgende Zeitschrift, die Ende April an die „Freiheit“ abging, von dieser aber nicht veröffentlicht wurde:

Brüssel, 26. April 1920.

Werte Genossen!

Die in der Morgenausgabe der „Freiheit“ vom 23. April erschienene Notiz über den Genfer Kongreß veranlaßt uns, Sie um die Veröffentlichung der folgenden Richtigkeit zu bitten.

Ihre Angabe, die Einladung zur Besichtigung des internationalen sozialistischen Kongresses in Genf sei nur an alle angeschlossenen Parteien und Arbeiterorganisationen versendet worden, entspricht nicht den Tatsachen.

Wir betrachten das Problem der Wiederaufrichtung der Internationalen als im wesentlichen gleichbedeutend mit dem Problem der Wiederherstellung der Einheit der internationalen Arbeiterbewegung. Deshalb ist auch die Frage der internationalen Einheit an die Spitze der Tagesordnung des Genfer Kongresses gesetzt worden. Die Einladungen zu diesem Kongreß sind, wie es in dem Einladungsschreiben ausdrücklich heißt, ergangen in der Ueberzeugung, von der Notwendigkeit einer großen Anstrengung, um auf der Basis der traditionellen Grundsätze des proletarischen Klassenkampfes und im Hinblick auf die internationale Aktion die Einheit zu sichern.

Demer heißt es in der Einladung wörtlich:

Wir laden zu diesem Kongreß nicht nur die angeschlossenen Sektionen ein, sondern auch alle andern Organisationen, die von diesem Willen zur Einheit befehle sind.

Um die Anwesenheit dieser letzteren Organisationen zu erleichtern, hat die Rotterdamer Kommission beschlossen, auch nicht angeschlossene Organisationen, die es wünschen, in beratender Eigenschaft zur Teilnahme an den Debatten zuzulassen und ihnen so zu gestalten, sich ihre spätere Entscheidungsfreiheit vorbehalten.

Wir sind überzeugt, mit diesen Maßnahmen in einer Weise zu handeln, die am besten geeignet ist, alle sozialistischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse der ganzen Welt, die unsere allgemeinen Grundsätze anerkennen, wieder zusammenzubringen.

Unter diesen Umständen dürfte für keine Sektion ein Anlaß vorliegen, sich von den Auseinandersetzungen und von der Klärung, die der Genfer Kongreß bringen wird, fernzuhalten. Wenn diese Bemerkungen die ersehnte Einheit nicht erreichen sollten, so wird wenigstens ein jeder seine Verantwortung am besten Tage vor den Arbeitern der ganzen Welt auf sich genommen haben.

In diesem Sinne ist die Einladung u. a. auch an die U. S. P. Deutschlands, die Franzosen, die Schweizer, die Italiener, sowie an die russischen und anderen kommunistischen ergangen. Dadurch soll insbesondere auch der U. S. P. Deutschlands, deren Vertreter auf der Rotterdamer Konferenz mit der Einberufung des Genfer Kongresses befaßt waren, Gelegenheit gegeben werden, trotz und ungeachtet der Einsprüche ihrer Resolution ihren Standpunkt namentlich zur Frage der Einheit vor dem Forum der internationalen Arbeiterklasse darzulegen.

Auch die Behauptung, die Mehrzahl der Engländer, Skandinavier und Russen würden in Genf nicht vertreten sein, wird die „Freiheit“ bei etwas sorgfältiger Betrachtung der Tatsachen nicht aufrechterhalten können. Hebet den Standpunkt

der Engländer unterrichtet der Brief Arthur Hendersons an Camille Hussmans, den wir in deutscher Uebersetzung beilegen und der die Genossen der U. S. P. Deutschlands und die Leser der „Freiheit“ gewiß interessieren wird. Wohl hat sich die zahlenmäßig ganz unbedeutende British Socialist Party (etwa 10 000 Mitglieder) schon vor einiger Zeit der kommunistischen Internationale angeschlossen und die zahlenmäßig gleichfalls schwache englische Unabhängige Arbeiterpartei (etwa 45 000 Mitglieder) vor kurzem von der Zweiten Internationale losgesagt. Tatsächlich bleiben aber beide genannten Organisationen Bestandteile der britischen Arbeiterpartei (etwa 6 Millionen Mitglieder) und dadurch der Internationale angeschlossen und an allen ihren Körperschaften hervorragend vertreten.

In Skandinavien gehören nur die norwegische Partei und kleine Minderheiten nicht der Zweiten Internationale an, und selbst in Norwegen sind, wie der kürz ich in Kopenhagen abgehaltene skandinavische Arbeiterkongreß gezeigt hat, fast alle Gewerkschaften und zahlreiche Parteiorganisationen für die Zweite Internationale. Was schließlich Rußland anbetrifft, sind alle sozialistischen Parteien des alten Rußland und der neuerstandenen Grenzstaaten mit einziger Ausnahme der Bolschewiki der Zweiten Internationale angeschlossen.

Mit sozialistischem Gruß

(ges.) Camille Hussmans.

Die Unabhängigen haben sich mit kindischem Eifer darauf berufen, die Zweite Internationale launig zu machen und damit die Wiederherstellung einer sozialistischen Arbeiterinternationalen zu verhindern. In diesem Zweck verweigert die „Freiheit“ dem J. S. P. in Brüssel sogar die Briefpost und wirft seine Zeitschriften einfach in den Papierkorb. Zur Entschuldigend dieses unqualifizierbaren Verhaltens kann nur gesagt werden, daß wahrscheinlich die Verlegenheit der „Freiheit“, auf die durchschlagenden Gründe des J. S. P. zu antworten, größer war als ihr Wille zur internationalen Ungezogenheit.

Keine Putschgefahr in Pommern?

Der Oberpräsident der Provinz Pommern und der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos II erlassen gemeinsam folgenden Aufruf an die Bevölkerung der Provinz Pommern:

Gerüchte über die von links oder rechts in Pommern beabsichtigten Putsche haben in der Bevölkerung Boden gefaßt und auf allen Seiten große Erregung hervorgerufen. In dem hierdurch entstandenen Mißtrauen liegt bei der auch sonst vorhandenen Erregung der Gemüter eine erhebliche Gefahr für die Ruhe und Ordnung in der Provinz Pommern. Die von uns gemeinsam mit Vertrauensleuten der Bevölkerung vorgenommenen Erhebungen haben Anlaß zu Besorgnissen nicht ergeben. Wir bitten daher alle, zur Ruhe und Besinnung zurückzukehren, nicht haltlose Gerüchte weiter zu tragen, sondern zu uns das Verzeihen zu haben, daß wir die Verfassung und verfassungsmäßige Regierung gegen jeden Angriff, mag er woher auch immer kommen, zu schützen bereit und imstande sind. Die nötigen Nachmittel dazu sind in unserer Hand. Sie werden unmissverständlich angewendet werden, wenn es sich um Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung handelt. Auch sind wir fest entschlossen, den Wahlverlauf am Wahltag vor jeder Störung zu schützen und dafür zu sorgen, daß der unverfälschte Wille des Volkes an diesem Tage zum Ausdruck komme.

Wir hoffen, daß Oberpräsident und Befehlshaber bei ihren Erhebungen sich nicht haben täuschen und in falscher Sicherheit haben wiegen lassen.

Das Christentum der Deutschennationalen.

Von Pastor Hans Brande.

Zu den Inventarstücken, die die Deutschnationale Partei von der weiland konservativen übernommen hat, gehört auch ihr spezifisch „christlicher“ Charakter. In ihrem Wahlausruf heißt es: „Die deutschnationale Volkspartei erstrebt die Wiedergeburt des deutschen Volksgesistes durch die lebendigen Kräfte des Christentums“. Derselbe Wahlausruf schließt: „Der christliche und deutsche Art und Gesittung . . . verteidigen will, . . . bekenne sich zur Deutschnationalen Volkspartei!“

Die Deutschnationale Volkspartei hat also in besonderem Sinne das Christentum in Erbpacht genommen. Gegen diesen Anspruch hätte schon zu Lebzeiten der alten konservativen Partei Einspruch erhoben werden müssen; und dieser Einspruch muß mit größter Schärfe jetzt aufgenommen werden nach den Tatsachen, die die Umwandlung der konservativen Partei in die deutschnationale begleitet haben.

Es ist eine der größten Ironien der Weltgeschichte, daß Jahrzehnte hindurch eine politische Partei sich den Nimbus der Christlichkeit umhängt hat, die ihren Grundsätzen nach im schärfsten Gegensatz zum Christentum stand. Und es gehört zu den größten Ungerechtigkeiten, daß man ihr das solange geglaubt hat, daß man es ihr hat hingehen lassen.

Ihr Name an sich schon bringt die Deutschnationale Partei in einen Gegensatz zum Christentum. Dem neuteilamentlichen Christentum wohnt die Tendenz zur Ueberwindung alles Nationalen deutlich inne. Es sieht in dem Verfall des Menschengeschlechtes nach Nationen durchaus keinen heiligen Gotteswillen, sondern etwas geschichtlich Gewordenes. Und das geschichtlich Gewordene ist vom Standpunkt des Christentums etwas sehr Ansehbares. Denn es ist das Produkt menschlich-allzumenschlicher Faktoren, das man keineswegs anzuerkennen braucht, sondern das man allezeit nach der Norm unverrückbarer ewiger Ideale zu beurteilen und unter Umständen zu verurteilen und umzustürzen hat. Zu diesen Idealen gehört die Einheit des Menschengeschlechtes, die „Gotteskindschaft“ aller Menschen, die unterschiedslos alle Völker, Rassen und Geschlechter umfassen soll.

Ein noch viel schlimmeres Gesicht gewinnt die Sache, wenn wir bedenken, daß mit der Betonung des nationalen Standpunktes das, was man „Staatenpolitik“ genannt hat, und was in ihrem Gefolge schreitet, der Krieg, aufgegeben wird. Das war ein Hohn aufs Christentum schon vor 1914. Nach allem aber, was wir seitdem erlebt haben, ist es geradezu unfähig, wie eine Partei, die sich aufs Christentum beruft, von der Vergangenheitspolitik der deutschen Geschichte und von den Blutsfrüchten, die sie uns eingetragen hat, anders sprechen kann, als mit Verwerfung und Verdist.

Mit dem Christentum setzt sich die Deutschnationale Partei auch insofern in Widerspruch, als sie von ihrer Vorgängerin das konservative Prinzip, die Tendenz übernommen hat, die gegenwärtige Gesellschaftsordnung möglichst im Anschluß an das Ueberlebte und Ueberkommene gestolten zu wollen. Ist denn das Christentum die Religion der „historischen Entwicklung“? Fordert seine Lehre irgendwas den möglichst engen Anschluß dessen, was werden soll, ans bereits Gewordene? Im Gegenteil, das Christentum ist von jeher die Religion des radikalen Bruches gewesen. Mit dem Anspruch, die Welt zu erneuern, nicht sie zu reformieren, ist es einst in die Welt eingetreten.

Vielleicht hat nie eine radikalere Macht auf der Erde gewaltet als das Christentum. Und die Konservativen wollen es zu einer Schutzmaße des Ueberlebten machen? Oder ist etwa die Weltverneuerung in den Tagen Christi so festhaft gewesen, ist sie so abschließend durchgedrungen, daß wir uns heute die Befehre der Welt nur noch in Fortführung der ungedachten Linien denken könnten? Es mag schon sein, daß es Konservative gibt, die so optimistisch denken. Sie berufen sich vielleicht auf die „Christlichkeit“ der vor 2000 Jahren dahingegangenen Welt und wissen sich nicht für das unangehen, daß wir in einem „christlichen Zeitalter“ leben. Ihr Optimismus ist rucklos. Die bittere Wahrheit ist, daß die Jahrhunderte der christlichen Zeitrechnung mit beinahe ebensoviele Greneln angefüllt waren, wie die vorangegangene Zeit und daß unsere heutige Gesellschaftsordnung knapp eine Stufe höher steht, wie die der römischen Kaiserzeit.

Am Zusammenhang mit dem unchristlichen Wahlvolken gegenüber einer schuldbeladenen Vergangenheit steht der Autoritätslaube, mit dem die Deutschnationalen die Massen zu den Hochmögenden dieser Welt, zu den Gelehrten und Gelehrten, zu den Erscharenen und Hervorragenden aufblicken lehren. Es ist Parteidrama auf dieser Seite, daß die Verträge einer adligen Geburt, die Privilegien einer sozial gehobenen Gesellschaftsbäre, die Ueberlieferungen eines bevorrechtigten Standes die Menschen urteilt-

fähiger machen, daß sie ihnen einen weiteren Geschäftskreis verleihen, vielleicht sogar ein feineres sittliches Empfinden, daß sie sie somit zu Führerstellen, zu Herrscherwürden qualifizieren.

Das Christentum basiert aber geradezu auf der Auffassung, daß man nach menschlichem Ermessen das Heil der Welt wohl hätte von den Mächtigen erwarten können, daß aber in Wirklichkeit „es Gott gefallen hat“, die Weltrettung durch das Medium der Niederen zu bewirken. Dem „Zimmermannssohn“ ist es gegeben gewesen, die Missetätigen und Beladenen aufzurichten, nicht den Königen oder Hohenpriestern.

Geben unsere eigenen Erfahrungen dieser „Revellierungstendenz“ des Neuen Testaments etwa unrecht? — Wer hat denn in all den Jahrzehnten, die unsere Gegenwartsgestaltung herausgeführt haben, die Führung gehabt? Wer hat Weltbild bewiesen? Wer hat rechtzeitig die Ideale erforscht, denen die Zukunft gehört? Wer hat der Menschheit Not begriffen? Wer hat Vorschläge zu ihrer Überwindung gemacht, die einem unbestechlichen Gerechtigkeitsgefühl entsprachen? — Etwa die Könige? etwa die Staatsmänner? etwa die Heerführer und Strategen? etwa die Universitätsprofessoren? — Es ist eine Tatsache, stärksten Bewunders wert, aber es ist eben doch Tatsache: der Mann in der Arbeitsbluse, der Mann am Schraubstock und an der Hobelbank hat mehr wahres Verständnis gehabt fürs große Weltgeschehen, als der von Amts wegen dazu Berufene. Der Mann inmitten der Masse hat größeren Fernblick bewiesen, als der auf hoher Warte stand. Der einfache Proletarier ist hellstichtiger, er ist vor allem unbestechlicher gewesen, als die Skrupelhaften der Akademie. Die Notwendigkeit internationaler Verständigung hat sich dem Blick des Volkes eher erschlossen, als dem seiner Leiter. Die Unerträglichkeit überlieferter Besitzverhältnisse ist dem Heer der Sozialisten klar gewesen, ehe die fachkundigen Nationalökonomien ein Wort der Anklage dazu zu sagen wagten.

Die alte Lehre des Christentums ist neu bestätigt worden: das Wohl der Welt ist nicht am besten in den Händen aufgehoben, die sich der Weltleitung am leichtesten bemächtigen.

Das Christentum ist nicht aristokratisch, sondern demokratisch; es kennt keinen Respekt vor den Autoritäten und Kapazitäten der Welt. Wer diesen Respekt neu einzuführen unternimmt, nachdem er neuerdings so gründlich Schiffsbruch gelitten hat, der handelt zum mindesten wider das Evangelium.

Die Deutschnationale Partei weiß nicht, was sie tut, wenn sie sich für ihre nationalen, konservativen und autoritären Tendenzen aufs Christentum beruft. Sie kennt das Christentum nicht, wenigstens nicht das der unentstellten, unverdunkelten und unmißbräuchlichen Neuen Testaments.

Gefler und sein Siehrl.

Ein mißglücktes Ablenkungsmanöver.

Ueber den Anlaß des Rücktritts von Bernhard Kauff aus dem Reichswehrministerium veröffentlicht die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums — zuerst natürlich in einigen rechtsstehenden regierungsfreundlichen Blättern — eine Darstellung, die den Anschein zu erwecken versucht, als ob lediglich die verlagte Genehmigung zur Verbreitung einer von Kauff verfaßten Broschüre „Soldat und Verfassungstreue“ diesen zu seinem Scheitern bewogen habe. Dazu wird uns vom Genossen Kauff geschrieben: Diese Darstellung hat offensichtlich den Zweck, von den allgemeinen politischen Gründen, die ich in meinem Schreiben an Staatssekretär Stöck dargelegt habe, abzulenken. Allerdings war eine Unterredung mit dem Reichswehrminister am 30. Mai über jene Schrift der ährtre Anlaß, ihm meinen Entschluß mitzuteilen, den ich jedoch bereits früher in mehreren Gesprächen mit dem Staatssekretär ins Auge gefaßt hatte. Das Reichswehrministerium hat aber mit seinem Ablenkungsversuch

kein Glück. Denn auch die Broschürenangelegenheit wirft ein großes Licht auf jenen verhängnisvollen Kurs, den ich als für die Republik verderblich nicht länger mitmachen kann.

Die Broschüre ist auf Grund einer Anregung des Reichsministers Dr. David unmittelbar nach dem Kapp-Putsch geschrieben worden. Sie sollte den Wert der neuen Reichsverfassung sowie die Pflicht des Soldaten zur unbedingten Verfassungstreue darlegen und durch Vermittlung der J. f. B. in der Reichswehr verbreitet werden. Das Manuskript wurde von Minister Dr. David dem Vertrauensauschuß der Nationalversammlung vorgelegt und hat somit eine koalitionspolitische Sanktion erhalten. Gleichwohl erbat ich die Genehmigung des Reichswehrministers zur Verbreitung der Schrift in der Reichswehr, weil ich weiß, daß gewisse Dienststellen Aufklärungsliteratur von nicht scharf reaktionärem Gepräge abzuheben liebten. Die Genehmigung selbst hielt ich nach dem dem Reichswehrminister mitgeteilten Vorgänge nur noch für eine Formsache.

Zunächst wurde die Angelegenheit unglaublich verschleppt. Am 28. April habe ich das Manuskript eingereicht, es aber erst am 30. Mai nach mehrmaligem Erinnern mit dem Bescheid zurück erhalten, daß der Minister die Genehmigung zur Verbreitung in der Reichswehr ablehne. Er selbst hat sich — weil er nicht Offizier ist, wie er mir sagte — eines eigenen Urteils begeben und der Meinung seines Nachrichtenoffiziers, Major Siehrl, gegenüber der Meinung der Koalitionsparteien den Vortzug gegeben.

Zur Kennzeichnung des Geistes, aus dem heraus die Beurteilung meiner Schrift erfolgte, genügt es, den gegen die Klare Beurteilung des Kapp-Putsches als Verbrechen gerichteten Satz Siehrls anzuführen: „Aus eine verführende Tendenz könne hier zum Ziele führen“. Eine kaum glaubliche Ungeheuerlichkeit ist es ferner, daß von Siehrl auch die Ausführungen über die Verfassung beanstandet wurden.“

Ganz besonderen Anstoß hat bei dem militärischen Zensurfolger Passus erzeugt, der „weil er im Heere mit Recht die allgerühmte Entrückung herbeizuführen würde“, hier im Wortlaut wiedergegeben sei:

„Während noch das kaiserliche Heer der allgemeinen Wehrpflicht allein auf die Person des Monarchen vereidigt wurde, leistet jeder Angehörige der Reichswehr den Eid auf die Verfassung. In der Eidesleistung auf die Verfassung findet das höhere Prinzip, das der Reichswehr gegenüber den Heeresorganisationen früherer Zeiten zugrunde liegt, seinen sichtbaren Ausdruck. Trotz der sorgfältigen Pflege soldatischer Tugenden im Heer des kaiserlichen Deutschlands konnte früher bei dem Gefühl persönlicher Abhängigkeit und Dienstbarkeit nicht jene charaktervolle Männlichkeit emporsprossen, die in einem demokratischen Heere von selbst entsteht, in dem sich jeder einzelne bei freiwilliger Unterordnung und strammer Disziplin als ein gleichberechtigtes Glied des Volksgenossen fühlt. Je schneller der Geist der Demokratie die gesamte Reichswehr durchdringt um so mehr wird jeder einzelne in ihr eine freie, rüchtruffeste, charaktervolle Persönlichkeit und für seine Pflichten im Dienste der Demokratie gestiftet werden.“

Diese Auffassung ist nach der Meinung des Majors Siehrl und — des demokratischen Reichswehrministers — unbedingt abzulehnen.“

Major Siehrl verkündet den Grundsatz: „Die Reichswehr über das Thema „Soldat und Verfassungstreue“ zu belehren, könne nur eine Persönlichkeit aus dem Offizierskorps selbst gewählt werden.“ Hiermit ist eine prinzipielle Frage aufgeworfen, die, ganz abgesehen von dem vorliegenden Einzelfall, für die dringend notwendige Organisierung eines Aufklärungsdienstes in der Reichswehr von der größten Bedeutung ist.

Der Offizier steht nun einmal infolge seiner Vergangenheit, auch wenn er sich auf den Boden der Tatsachen stellt, dem modernen demokratischen Staatsgedanken in der Regel verständnislos gegenüber. Es ist aber nicht ausreichend, in der Truppe nur ganz allgemein „Vaterlandsliebe und soldatische Tugenden“ zu pflegen, wie das Truppenamt es will. Das schafft eine unklare Bewußtseinslage, die den bedenklichsten Einflüssen Tür und Tor öffnet. Rechtfertigt doch Oberst Bauer sich und die Männer vom 13. März mit ihrer angeblich „heiligen Vaterlandsliebe“. Die „verführliche Ten-

denz“ des Majors Siehrl führt hier zu einer geradezu verhängnisvollen Verschommenheit der Begriffe. Vaterlandsliebe und soldatische Tugenden müssen erst einen positiven Inhalt bekommen in der Liebe und Treue zur Republik und ihrer Verfassung, über die der Berufsoffizier aber nicht aufklären kann, weil er meist noch selber der Aufklärung bedarf. Mit dem staatsbürgerlichen Unterricht in der Reichswehr werden in erster Linie politische Persönlichkeiten aller Koalitionsparteien betraut werden müssen, die hinter der Verfassung stehen.

Die Nachrichtenstelle des Reichswehrministeriums hat sich immerhin das Verdienst erworben, durch ihre Veröffentlichungen diese dringende der Klärung bedürftige Frage aufgerollt zu haben. —

Strefemann, der Tintenfisch.

Wenn man in klarem Wasser Herrn Strefemanns wirkliche Gestalt erkennt, so springt er eine dunkle Flüssigkeit aus, die das Wasser undurchsichtig macht wie der Tintenfisch, wenn er verfolgt wird. So hat er es nachträglich mit seiner ersten Parteierklärung unter Kapps Herrschaft getan, und die Bereitwilligkeit, mit Kapp und Vättwig unter gewissen Voraussetzungen mitzuarbeiten, mit Tinte so beprägt, daß man sie nicht mehr erkennen soll. Kehlich mit seinem republikanischen Bekenntnis. Jetzt will er es niemals ausgesprochen haben. Es ist zweckmäßig, daran zu erinnern, daß Anfang Februar d. J. Dr. Packard festgestellt hat, daß in einer Versprechung im November 1918 zwischen Herrn der fortschrittlichen Volkspartei und der nationalliberalen Partei zwecks Aufstellung eines Einigungsprogrammes unter Zustimmung auch von Herrn Strefemann über die Frage „Monarchie oder Republik“ folgende Einigung erzielt worden ist:

„Die Monarchie hat den Weltkrieg nicht zu überleben vermocht. Ein Versuch ihrer Wiedererrichtung würde schwerste innere Kämpfe zur Folge haben müssen. So treten wir auf den Boden der republikanischen Staatsform.“

Gegenüber den Verdunkelungsversuchen Strefemanns hat der Demokrat Freiherr v. Rittschhofe ausdrücklich die Wichtigkeit der sachrichtigen Darlegung bestätigt. Der Tintenfisch Strefemann ist aber immer noch Führer der Deutschen Volkspartei. Ein altes Sprichwort sagt: Wie der Herr, so das Geheer!

Sie haben einander so lieb!

Deutschnationale Volkspartei und Deutsche Volkspartei sind feindverwandt. Um das festzustellen, bedurfte es nicht erst der Entscheidung des zwischen ihnen bestehenden Geheimvertrages. Die Deutsche Volkspartei selbst gesteht es in einem Aufruf ein, der in Nr. 120 des Liebenwerder Kreisblattes veröffentlicht war. Dort lesen wir:

In seinem Wahlhandbuch für 1920, Seite 98, erklärt der Bund der Landwirte, daß ihm die Deutsche Volkspartei so nahe steht wie die Deutschnationale Volkspartei. Der Bund der Landwirte schreibt:

„Abordnete des Bundes sind in beiden Parteien. Beide Parteien haben auch Interessen der Landwirtschaft im Parlamente wahrgenommen. Beide Parteien treten für schnelle Aufhebung der Zwangswirtschaft und Auflösung der Kriegsgesellschaften ein, verlangen auch vernünftige Siedlungspolitik und gesunde Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz. Beide Parteien haben Vertriebsratsgesetz als schwere Schädigung des gesamten wirtschaftlichen Lebens abgelehnt. Bei Umfassung beider für Freilassung der kleinen Umlage und des Eigenbrauchs der Landwirte bis zu 3000 Mark eingetreten. ... Wo vereinigte Landwirte nicht eigene Kandidaten für die Wahlen aufstellen, ist jedenfalls Unterstützung der beiden rechtsstehenden Parteien durch Landwirte zu empfehlen. Keine landwirtschaftliche Stimme darf vor allem der Sozialdemokratie und der Demokratie zugeführt werden.“

Deutscher und klarer kann es doch gar nicht ausgesprochen werden, wie innig die beiden „Volks“parteien miteinander stehen. Nicht einmal das Schicksal der beiden KönigsKinder teilen sie, die nicht zueinander kommen konnten, denn sie sind längst zusammengelommen!

Mayence.

Von Alwin Rudolph.

Auf den deutschen Landkarten steht allerdings noch Mainz und der deutsche Bürger nennt es mit Stolz: das goldene Mainz. Aber richtiger wäre heute schon: das goldene Mayence.

Nicht etwa bloß, weil es von französischen Truppen wimmelt, weißen, gelben und schwarzen. Jeweils auch schwarze. Denn trotz der französischen Erklärung sind auch schwarze Truppen in Mainz. In den Sonntagen und abends nach sechs Uhr kann man sie truppweise durch die Straßen ziehen sehen, besonders nach einem stillen, aber berückelnden Wink.

Doch Mainz war ja immer ein großes Heerlager. Mayence aber ist die Stätte des Großhandels, der Brennpunkt des Landes im Westen. Wer von diesem Loch profitieren wollte, siedelte sich hier an, und immer mehr deutsche Kaufhäuser errichteten hier eine Niederlassung. Es hat sich gelohnt. Die Volksbank hatte einen Umsatz von fast zwei Milliarden, gegen nur 587 Millionen im Vorjahr.

Kein Wunder, daß man sich in jeder Straße von einem früher bankrotten Krämer erzählt, der in einem Jahre zu einem im Auto fahrenden Millionär geworden ist. Bis vor kurzem wurden märchenhaften Reichtümer geboten für Häuser und Läden, und überall sieht man die Firmenwörter französischer Exporthäuser.

Und die deutsche Geschäftswelt: paßt sich der Entwicklung an. In den Auslagen hängen Ankündigungen in französischer Sprache und man gibt bekannt, daß man französisch spricht. Worum auch nicht? Die Wiesbadener Kurverwaltung gibt ja das beste Beispiel. Ihre Plakate tragen — wenigstens in ihrem Hauptteil — neben dem deutschen auch den französischen Text.

Der französische Franken mit seiner immer noch weit höheren Kaufkraft bestimmt den Preis. Was der Mark unerwartungsgelöst ist für den Deutschen kaum mehr als ein Bettel. In Mayence kostet ein Mark, was in Frankfurt für acht zu haben ist. Die französischen Kaufleute und die Angehörigen der Offiziere beherrschen den Markt und das öffentliche Leben. Eine laute Unterhaltung in der Straßenbahn wird französisch geführt und so unbedünkelt, als sei man ganz unter sich. Gassenbuben singen und pfeifen französische Märche, und in Kaffeehäusern hört man französische Musik.

Unsere Modedamen aber äffen die französische Kleidung nach. Was die Franzosen können, das können sie auch. Und darum schneiden sie sich den Rock ab bis zum Knie. Es macht ihnen gar nichts aus, daß die stramme altgermanische Wade oder das rachsichtig verkrümmte Bein ein wahres Schreckbild ist. Nicht nichts!

Dafür geht der Ledersack des Stiefels bis in die Kniekehle und der Wundenschleier bis zur Ferse. Dicks Stempel sind auch was wert.

Jetzt ist endlich das Loch im Westen verstopft. Was wir recht deutlich, wenn auch volkstümlich, als „Schieben“ bezeichnen, das ist unehretlich gegen die französischen Kräfte von Mayence. Unter dem Schutze ihrer Afrkaner machen sie ihr Schieberrecht geltend und protestieren in flammenden Aufrufen an den Strahnenenden gegen die „draconischen“ Maßnahmen der Regierung, die „von der Bevölkerung auf das schärfste mißbilligt werden“, und reden von den Maßnahmen der Berliner Staatsleiter, welche, um einen unbegreiflichen Haß gegen die Franzosen und Belgier zu befriedigen, sich nicht scheuen, das Rheinland zu ruinieren“. Sie „verlangen“ die Aufhebung der „willkürlichen“ Maßnahmen und einen ständigen bevollmächtigten Vertreter der Reichsregierung in Mayence, der alle kritischen Fragen mit den französischen Kaufleuten schnellstens löse.

So geschehen in Mayence, das offiziell Mainz heißt.

Sommertheater.

„Sunbury“ in der „Tribüne“. Am Schluß dieser tribünen Komödie für ernsthafte Leute (von Oskar Wilde) sagt John Worthing, daß es furchtbar für einen Mann sei, wenn sich plötzlich herausstellt, daß er sein ganzes Leben lang nichts als die Wahrheit gesagt hat. Durch Zufall wird offensichtlich, daß ein Scheinbruder, durch dessen fingierte Existenz John sich ausleben und herausreden konnte, wirklich lebt und kein anderer als sein Freund Mansford ist. Auch der lebt in der Philosophie des „als ob“ und erfindet seinen Sunbury; und beide, durch Wirkungen immer mehr auf einander eingepaßt, finden ihre ernsthafte und planvoll vertrieben Frauen. Dieses Stück ist sprühendste Konversation, auf Klatschen gegogene Lebensweisheit in kleinen und kleinen dialektischen Einfällen, ist ein Kompendium des Wissens über Mann und Frau, ist geistvoll-müßiggeltes Spiel schillernder Seitenblauen. Starke Farben, garbe Linien und dünner Gehalt — aber unterhaltend und pointenreich bis zur Weisheit. In der Kürzung des Originals verhiert sich das Amüsierende, und das Bedenken des zustimmenden Hörers wächst. Am so mehr als Curt Goetz und Paul Otto ganz harmonische Typen englischer Weltmänner hinstellen, denen weder die Geschäftigkeit der Lady Brancaster (Sandrock) noch die reizende Jünglingshaftigkeit der idealen Naturfänger Angerstein und Staub lange widerstehen konnten. K. S.

In dem Deutschen Künstler-Theater wurde unter der Sommerdirektion Max Waldberg ein Schwank von Franz Arnold und Ernst Bach „Die bessere Hälfte“ zum erstenmal aufgeführt. Es ist eine sehr bemerkenswerte Episode, die sich um eine einmal geschiedene Frau — die in dem Stück selbst nur eine Gott sei Dank passive Rolle spielt — herumrankt. Die Sache kommt so, daß drei Freunde, die geschiedenen Gatten derselben Frau, sich mit drei

Schwöestern verheiratet wollen, deren Stiefmutter diese eben zum viertenmal wiederverheiratet unbesiegbare Geschiedene ist. Die Wehe, die dabei gemacht, und die Unterhaltungen, die zur Kompensation dieser Katastrophe führen, sind weder sehr geistreich, noch besonders unterhaltend. Die ganze Geschichte hängt lediglich an dem Spiritus rector: einem für Adas erst geschriebenen und von ihm vorzüglich dargestellten Berliner Lustspiel. Zu nennen wäre noch in der Rolle eines Volkskassabehalters voll wienerisch übertriebener Lebendigkeit und Galanterie Fritz Spira. Was sonst noch herumwirbelt, ist ohne Gnade verurteilt. Lustspielkonversation von geradezu klassischer Harmlosigkeit zu führen. Das Publikum amüsierte sich sehr. K.

Im „kleinen Schauspielhaus“ eröffnete die Direktion Eybold-Bladel mit Rohnards Komödie „Der Leihgardi“ Rohnar gibt als Drammerfolger eines literarisch jungen Volkes — des ungarischen — einen Auszug aus älteren Literaturen. In diesem bereits vor Jahren in Berlin gespielten Stück mischt er Strindbergs Frauenpsychologie mit Sardous oder Sudermanns Effekten. Die Vorbereitung des gewaltigen Themas, daß ein Schauspieler, um die Liebe seiner Frau wiederzugewinnen, ihr in der Gestalt ihres Liebungsstypus — eines Soldaten — den Hof macht, ist gar zu breit geraten. Hier mühte noch resolut geführt werden, dann würde das von Ironie und Spott durchsetzte spannende Spiel noch erheblich gewinnen. Am so mehr, da die Darstellung kein Sommerstück ist. Käthe Dorsch ist entzückend anmutig in ihrer sich frei gebenden Liebessehnsucht und ein echtes Strindbergweibchen in ihrem Ekelkampf. Alfred Abel spielt mit Ueberlegenheit die Doppelrolle des wichtig kritisierten Schauspielers und des unerkannten Eroberers. Als Theatermutter kauf Paula Chertig einen brillanten Top. Das Publikum unterließ sich vortheilhaft. —

Für das literarische Erbe des Staates sprach sich der Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein in seiner letzten Sitzung aus. Er forderte, daß nach Ablauf der dreißigjährigen Schutzfrist für die Werke verstorbenen Autoren das Urheberrecht an den Staat übergehen und von diesem zur Förderung des deutschen Schrifttums verwertet werden soll.

Ein „Deutscher pazifistischer Studentendbund“ hat sich an der Berliner Universität gebildet, der den Zweck hat, auch die studentischen Jugend für die Ideale der Völkerverständigung und des Völkerverlebens zu hegen und alle ähnlichen studentischen Organisationen zu einem einheitlichen deutschen pazifistischen Studentendbund zusammenzuschließen. Auskangst erteilt Alfred Schneider, Friedemann, Granschütz, 36.

Die Wiener Akademie der Wissenschaften wählte zu Ehrenmitgliedern Prof. Röntgen in München und Dr. C. Schulze in Berlin, zu korrespondierenden Mitgliedern in Deutschland Wilhelm Ostwald in Rostock, Lieblich in Berlin und Goop-Feilerberg.

50. Deutsches Tonkünstlerfest in Weimar. Das diesjährige Tonkünstlerfest des von Ostwald gegründeten Allgemeinen Deutschen Musikvereins findet nach mehrjähriger Pause vom 8. bis 12. Juni 1920 in Weimar am Deutschen Nationaltheater statt. Es sind drei Orchesterensembles und zwei Kammerensembles vorgesehen.

Was Deutschland alles bezahlen soll.

Künftig sind die Sätze für die Verpflegungsgelder der Mitglieder der alliierten Missionen in Deutschland beträchtlich erhöht worden. Wie man aus der nachstehenden Tabelle ersehen wird, war dies auch sehr notwendig. Der General Nollet erhielt nämlich bisher „nur“ 228 000 M. jährlich, womit sich ein siegreicher französischer General natürlich unmöglich standesgemäß ernähren kann. Und ein französischer Hauptmann bekam „nur“ 78 000, ein Unteroffizier „nur“ 39 600 M., ein Gemeiner „nur“ 24 000 M. Verpflegungsgelder. Von jetzt ab wird es aber diesen armen Teufeln, die einen so schweren und wichtigen Dienst verrichten, besser gehen:

| Kommissionsmitglied | Bisherige Jahresentschäd. in Mark in Paris | Erhöhte Jahresentschäd. in Mark | Analoge deutsche Zivilstellung | Jahresgehalt in Mark |
|---|--|---------------------------------|--------------------------------|----------------------|
| General (Voritzender) | 228 000 | 342 000 | Staatssekretär | 338 000 |
| Generäle, die den Unterkommissionen präsidieren | 168 000 | 252 000 | Volkshofrat | 30 000 |
| Generäle | 108 000 | 252 000 | Ministerialdirektor | 28 000 |
| Oberste u. Obersten u. Oberleutnants | 90 000 | 180 000 | Rat | 30 000 |
| Majore | 84 000 | 162 000 | Oberreg.-Rat | 16 500 |
| Hauptleute, Oberleutnants u. Leutnants | 78 000 | 162 400 | Vizekonsul | 11 100 |
| Unteroffiziere | 39 600 | 69 900 | Amtsgehilfen | 5 200 |
| Gemeine Soldaten | 24 000 | 42 000 | Hauswart | 4 800 |

Man beachte dabei, daß die Jahresbezüge der Kommissionsmitglieder lediglich Verpflegungsgelder darstellen, und daß die Kommissionsmitglieder außerdem noch Quartier und Gehalt empfangen. Das Quartier z. B. für General Nollet allein kostet uns jährlich ca. 144 000 M. für Zimmerrechnung im Hotel Kaiserhof. So müssen wir lediglich für Hotelunterkunft der Kommissionsmitglieder nur in Berlin jährlich ca. 14 1/2 Millionen Mark zahlen.

Und unterdessen worten die Einwohner der 3 erstörten Gebiete Nordfrankreichs darauf, daß man ihnen Vorschüsse für die Linderung ihrer Not bewilligt.

„Wie eine reaktionäre Lüge entsteht.“

In dem so überschriebenen Artikel des „Vorwärts“ war Oberleutnant Graf von der Goltz des „Schwindels“ gegessen worden mit der Begründung, daß der von ihm zitierte Satz des „Vorwärts“: „Deutschland soll — das ist unser fester Wille — seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das legitemal siegreich heimgebracht zu haben“ nicht etwa gleichzeitig mit der Amerikanerschlocht an der Raas veröffentlicht worden sei, sondern erst nach dem Waffenstillstand.

Da sich der erwähnte Satz im „Vorwärts“ vom 20. Oktober 1918 befindet, also 3 Wochen vor dem Waffenstillstand, und während der Schlacht an der Raas geschrieben ist, so ist diese Beschuldigung unzutreffend. Herr Oberleutnant Graf von der Goltz haben also nicht „zu schwindeln geruht“.

Groß-Berlin

Beim Flugblattverteilen.

Leppichbelegte Treppen der Vorderhäuser steigt du hinauf, über knarrende Stufen in Hinterhäusern eilst du den Schritt. Auf dem Klingelzeichen öffnen Dienstmädchen, die dir mit gleichgültigem „Danke“ das Blatt aus der Hand nehmen, Hausfrauen mit müden Gesichtern, Kinder, die mit hoffigen Händchen und schüchternem Ausblick nach dem Zettel greifen. Manch freundlicher Blick aus Jungmädchenaugen trifft dich, manch mißtrauischer — unter der Brille hinweg — bärtiger Hausvater.

Fast immer malt sich Gleichgültigkeit auf den Gesichtern, manchmal auch Geringschätzung; achselzuckend wird die Tür wieder zugeschlagen.

Eine Dame tritt aus dem dümmrigen Korridor auf den helleren Vorraum; ihr Blick fällt auf die Unterschrift: „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Sie reißt das Blatt in Feden und wirft sie auf die Treppe. Auf den ruhigen Einwand, daß sie ja noch gar nicht gelesen habe, antwortet sie empört: „Die Unterschrift sagt schon genug.“ Eine Entgegnung wird nicht abgewartet, die Tür fällt dröhnend ins Schloß. Im nächsten Haus an einer Korridortür wird das Blatt mit höflichem Gesicht zurückgegeben: „Bitte, bemühen Sie sich nicht, Fräulein, wir wissen, was wir zu wählen haben.“

Hier, wie auch in den öffentlichen Versammlungen, immer das gleiche: Wir melden uns in denen der Rechtsparteien zum Wort — nach der ersten Silbe hindern uns Fischen und Trampeln am Weiterreden. Wir bitten in den von uns einberufenen alle Anwesenden, zu den Ausführungen unseres Referenten Stellung zu nehmen, das Resultat — Schweigen auf der ganzen Linie. Und warum all das? Weil man — um auf letzteres einzugehen — den zwingenden Vernunftgründen unserer Redner nichts Stichhaltiges entgegenhalten kann. Und dann fürchtet man, daß bei den klaren Darlegungen unserer Parteigenossen ein Teil der verführten Anhänger der sogenannten „Volks“parteien zur Einsicht kommen könnte.

Denn sie haben ja ein so verdammt schlechtes Gewissen.

Kirche und Wahlagitation. In der Predigt-Kapellkirche wurden am Sonntag den Besuchern des Gottesdienstes beim Verlassen der Kirche durch den Kirchendiener ein kräftiger Wahaufrei der Deutschnationalen Volkspartei nebst Programm ihrer Wahlversammlungen in die Hand gedrückt. Angenommen wir würden und an die Kirchenscheidungen wenden, so hätte das Geschrei der Redner über die schreckliche Profanation eines Gotteshauses prompt eingelebt. Aber lassen wir ihnen das Vergnügen an den paar alten Weisheitskern.

Unsere Kandidaten für die Stadtverordnetenwahlen.

In Berlin-Mitte sind aufgestellt: Stadtrat Adolf Ritter, Rat Dr. med. Wagozinski, Rechtsanwalt Siebert, Lösch, Dr. Stiemer und Frau Wille. Im Bezirk Tiergarten: Hugo Heilmann, Schulz, Weiske, Rat Dr. Kallenbach, Paul Woad u. Gen. Auf dem Wedding: Stadtrat Otto Frank, Lehrerin A. Niedger, R. Probst, Sekretär Aug. Kallio, Oberpostinspektor W. Echterbeder u. Gen. Im Prenzlauer-Tor-Bezirk: Stadtrat Robert Franke, Frau Helene Schmitz, Stadtrat Bozich, Stadtrat Friedrich Fischer, Rat Weyer u. Gen. Im Halleschen Tor-Bezirk: Bernhard Bruns, Frau Martha Schroeder, Wilh. Pfannkuch, Redakteur Emil Dittmer, Dr. phil.

Der Wahlkampf.

Das Getreide aber fressen die Mäuse . . .

Aus Landarbeiterkreisen wird uns geschrieben: „Was müht es, daß ich Betriebsobmann bin, ich bin ja doch machtlos gegen meinen Herrn, um den Betrieb anders zu gestalten. Sehen Sie, wir sind auf unserem Gut schon seit 14 Tagen mit der Landarbeit fertig. Nun nahm ich ohne weiteres an, daß der Herr den Roggen weiter dreschen wird, um Brotgetreide für die hungernden Städte zu schaffen. Was macht mein Herr? Der läßt mit den ganzen Leuten die kleinsten Steine vom Feld sammeln, und das Getreide fressen die Mäuse lustig weiter. Die werden fett, die Menschen aber müssen hungern, und das teure Getreide aus dem Ausland muß gekauft werden. Und so ist es auf vielen Gütern hier in Pommern. Man kann überall ungebrochene Roggenmieten auf den Feldern stehen sehen. Was ist da zu tun?“

Die Antwort ist sehr einfach. Man sorge dafür, daß am 6. Juni ein Parlament zustande kommt, das die Macht hat, der Skandalwirtschaft dieser Herren ein Ende zu machen.

Der Wert deutschnationaler Versicherungen.

Am Montag, den 31. Mai, schreibt der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ in seinem Blatt:

„Es ist richtig, daß wir kein Hehl daraus machen, wie ungeeignet das republikanische und das parlamentarische System für unser Vaterland ist.“

Hört, hört! Dann hat also, weil das republikanische System ungeeignet ist, die „Kreuzzeitung“ unmittelbar nach der Novemberrevolution ihr monarchisches Motto „Mit Gott für König und Vaterland“ aus dem Kopf ihrer Zeitung entfernt. Oder war es Angst? Angst darf man doch aber bei Deutschnationalen nicht voraussetzen!

Auch das parlamentarische System ist plötzlich ungeeignet! Als die Wahlen zur Nationalversammlung bevorstanden, hat die Deutschnationale Volkspartei 16 Richtlinien aufgestellt, und gleich am Anfang als Punkt 2 wurde dekretiert:

„Wir fordern die Rückkehr von Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach den letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform.“

Die Partei hat also die parlamentarische Regierungsform nicht nur als allein möglich bezeichnet, sondern sie offiziell gefordert! Das Hauptblatt der Deutschnationalen verrät mit seiner Bemerkung vom 31. Mai, welcher Wert freizeidlichen Forderungen der Deutschnationalen beizumessen ist, selbst wenn sie offiziell verkündet werden. Sie sind Köder und Wahnmake. Alle volksfreundlichen und freiheitlichen Versicherungen ihrer Presse, ihrer Parteiredner, ihrer Wahlagitatoren sind nichts als eitel Dunst. Sobald die Saat reif wäre, würden diese lodenden Wüten gepöft, und das Volk würde den nagelbeschlagenen Stiefeln der deutschnationalen Volks- und „Arbeiterfreunde“ auf dem Raden spüren.

Bitte und Th. Glöde. Im Wahlbezirk Friedrichshain: Eugen Bräuner, Fritz Wäntner, Frau Martha Hoppe, Alfred Wildemann und Bohling.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Berlin beschäftigte sich mit den Stadtverordnetenwahlen. Genosse Ritter referierte über die technische und praktische Ausführung der Wahlen und empfahl einen Antrag, die Aufstellung der Stadtwahllisten dem Bezirksvorstand im Verein mit den Wahlleitern, den Vorständen der Stadtverordneten und Gemeindevorsteher zu überlassen, der angenommen wurde. Die von den einzelnen Wahlkreisen vorgeschlagenen Kandidaten wurden bestätigt.

Außerdem nahm die Generalversammlung Stellung zu dem parteischädigenden Verhalten der Genossen Davidsohn und Niebeling und billigte den Beschluß des Vorstandes und der Abteilungsleitungen, beim Bezirksvorstand den Ausschluß zu beantragen wegen Schädigung von Parteinteressen. Im Falle Niebeling einstimmig, beim Genossen Davidsohn gegen 8 Stimmen.

In seinem Schlußwort sollte der Vorsitzende, Gen. Schlegel, Anerkennung der Tätigkeit unserer Genossen für ihre schätzbare und aufopfernde Wahlagitation und verwies darauf, daß, wo so gearbeitet werde, am 6. Juni der Erfolg nicht ausbleiben werde.

Wie das Mietnigungsamt die Wohnungsnot bekämpft.

Für Wohnungssuchende die nötige Unterkunft zu beschaffen und erforderlichenfalls Zwangseinquartierung anzuordnen, ist Aufgabe der Wohnungsämter. In Berlin hat vor kurzem ein auf diesem Gebiet sich gleichfalls betätigendes Mietnigungsamt eine Entscheidung gefällt, die uns einer Ergänzung durch das Wohnungsamt sehr zu bedürfen scheint. Man teilt uns darüber folgendes mit:

Das Haus Friedrichstraße 248, das einer Frau Major gehört und durch einen Baumeister verpachtet wird, hatte etwa zwei Jahre hindurch keinen Portier gehabt. Nachdem in der ganzen Zeit hier der Portier des Nebenhauses die notwendigen Arbeiten mitverrichtet hatte, sollte jetzt auch für Nr. 248 wieder ein eigener Portier angestellt werden. Als Unterkunft für diesen wünschte der Verpächter die aus drei Zimmern bestehende Wohnung einer Familie, die schon seit zwei Jahren in ihr wohnte. Vor dem Mietnigungsamt, das angerufen werden mußte, wendete der Mieter ein, daß eine über ihm liegende genau so große Wohnung unbewohnt ist und zur Aufbahrung von Leberbleichen eines ehemaligen Theatergarderobengeschäftes benutzt wird. Der Vorsitzende antwortete, daß Mietnigungsamt habe nur über die vorliegende Streitfrage zu entscheiden, also über die Verwendung der bisher schon bewohnten und jetzt für den Portier beanspruchten Wohnung. Der Mieter erklärte, höchstens ein Zimmer hergeben zu wollen, und das Mietnigungsamt entschied dann so.

Offensichtlich hat das Mietnigungsamt sich beeilt, danach wenigstens dem Wohnungsamt zu melden, daß dort oben eine Wohnung nicht als Wohnung benutzt wird. Sollte es aber auch diese Einmischung als nicht zu den Rechten und Pflichten eines Mietnigungsamtes gehörend ansehen und sie daher unterlassen haben, so sei hiermit durch uns an das Wohnungsamt die Aufforderung gerichtet, sofort einzuschreiten und die als Ruhestätte für alle Theatergarderobe benutzte Wohnung ihrem Zweck zurückzugeben.

Frühobst-Konjunktur.

In einer von der Deutschen Obstbau-Gesellschaft in Erfurt abgehaltenen Versammlung, an der die bedeutendsten Obstbauzüchter und Landwirtschaftskammern Deutschlands teilnahmen, wurde über die Ernteschancen für Früh- und Beerenobst folgendes festgestellt:

Johannisbeeren: mittel bis gut; Stachelbeeren: gut, aber diese sind durch das starke Austreten der Stachelboornisse gefährdet; Himbeeren: gut; Erdbeeren: mittel bis gut; Schattensmorellen: teilweise gut; die Bäume leiden an vielen

Die Beseitigung der Unzufriedenheit.

Unsere Nationalisten operieren im Wahlkampf hauptsächlich mit Argumenten, die lediglich an das Gefühl appellieren, einer verstandesmäßigen Prüfung aber nicht standhalten. Früher kostete das Ei 6 Pf., heute kostet es 1,50 M., also war es unter Wilhelm besser; das ist der immer gleiche Gedankengang, den sie bis zum Ueberdruß vorbringen. Daß in der Zwischenzeit 4 1/2 Jahre Weltkrieg liegen, daß die Verwertung einmal eine Folge der feindlichen Blockade* (sobald eine Folge der geringer werdenden Produktion, schließlich aber — und nicht zuletzt! — eine Folge der schamlosen Ausschneidung, und Wucherpolitik der Agrarier gegen die eigenen Volksgenossen war, sich diese edlen Brüder wenig an. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt:

„Näme auf Grund der Wahlen eine mehr nach rechts gerichtete Regierung zustande, dann würde ein großer Teil der im Volke vorhandenen Unzufriedenheit ausgeschaltet werden.“

Es ist höchst charakteristisch für die innere Verkehrtheit der Deutschen Volkspartei, dieses Sammelbeckens des unzufriedenen Bürgerums, daß immer eine Neuerung der anderen widerspricht. So konnten wir neulich den Widerspruch „Stresemann contra Nationalliberale Korrespondenz“ feststellen, und auch gegen den oben zitierten Satz der „Täglichen Rundschau“ können wir aus einer Wahlrede des volksparteilichen Kandidaten A. Hein haben folgendes anführen:

„Heute ist die Not des Vaterlandes so groß, daß auch kein Kaiser, in welcher Form auch immer er an der Spitze des Reiches stehen würde, uns aus dieser Not herausführen könnte!“

Obwohl man sich also der Erkenntnis, daß auch eine andere Staatsform bei der heutigen Notlage nicht in der Lage wäre, die politische und wirtschaftliche Gefundung des Reiches herbeizuführen, auf Seiten der Volkspartei in klaren Augenblicken nicht verschließt, operiert man doch in bewusster Unehrlichkeit immer wieder mit dem Argument, daß die eigene Partei, die Deutsche Volkspartei nämlich, in stande sein werde, das Paradies auf Erden hervorzubringen. Ein klägliches Wahlmanöver!

Öffentliche Wahlversammlung in Tempelhof. Am Gymnasium in Tempelhof veranstalteten unsere Tempelhofer Genossen gestern eine gut besuchte Versammlung, die der Chor unserer Parteigenossen mit drei schön vorgebragten Liedern einleitete. Genosse Dr. Stiemer sprach über den Weg aus der Not, legte die Gründe dar, die zum Zusammenbruch geführt haben, und zeigte den Weg, um im überfüllten Deutschland durch eine Organisation der Wirtschaft jedem Volksgenossen ein erträgliches Dasein zu sichern. Genossin Hanna wandte sich an die Frauen. Die Ausführungen der Referenten fanden lebhaften Beifall. Gegner fanden keinen Anlaß, an den rein sachlichen Ausführungen Kritik zu üben.

Stellen unter hartem Monillabesatz; Süßkirchen: gut bis sehr gut; in den Provinzen Sachsen und Schlessen sind die Kirchen teilweise erstoren. Es wurden dann Erzeuger- und Verbraucherpreise festgestellt. Diese gelten für gute, mittlere Ware am Blage. Nach gründlicher Erwägung aller in Betracht kommenden Umstände, die die Ernteaussichten und den Absatz im freien Handel beeinflussen können, sowie der hohen Arbeitslöhne und Betriebsstoffkosten wurden die folgenden Erzeugermindestpreise für 1 Pfund festgesetzt: Johannisbeeren, rote, weiße und schwarze 1,75 M., Stachelbeeren, unreife 1,50 M., Stachelbeeren, reife 1,50 M., Himbeeren 2,75 M., Erdbeeren 3 M., Brombeeren 3 M., Schattensmorellen und edle Sauerkirchen 3 M., gewöhnliche Sauerkirchen 1,50 M., Süßkirchen 1,20 M., Weirakeln 1,50 M., Frühweissen 1,50 M., Reineclauden 1,50 M., Spätweissen 1 M., Pflaumen, edle Sorten 1,50 M., Pfirsiche 3,50 M., Aprikosen 3 M.

Der Raubüberfall in der Alvenslebenstraße auf die Schneiderin Richert hat sich als fingiert herausgestellt. Der Überfall war von der Schneiderin selbst erfunden worden, da sie sich ihrem Bräutigam gegenüber als vermögend dargestellt hatte und nun ihre wirkliche Verhältnisse mit dem Überfall begründen konnte. Sie war dabei so ungeschickt verfahren, daß sie an dem Flostrumpfknebel, den sie sich in den Mund gesteckt hatte, fast tatsächlich erschied wäre. — Es ist die Tragikomödie eines jungen alleinstehenden Mädchens, das nach vielen Mißgeschicken auf diese Weise versuchte, unter allen Umständen die ersehnte Ehe einzugehen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Wahlhilfe am 6. Juni.

Der Erfolg unserer Partei am 6. Juni hängt wesentlich davon ab, daß alle Parteigenossen und -Genossinnen sich an diesem Tage zur Mitarbeit zur Verfügung stellen. Meldungen zur Wahlhilfe sind sofort zu richten in Berlin an die Abteilungsleitungen, in den Vororten an die Ortsvorsitzenden resp. Bezirksführer. Genossen, denen die zuständigen Adressen nicht bekannt sind, melden sich im Bezirkssekretariat, In den Zellen 23.

Jede Kraft wird gebraucht.

Der Bezirksvorstand.

Heute, 2. Juni:

Achtung, Angestellte!

Öffentliche Versammlung aller männlichen und weiblichen Angestellten in Handel und Industrie, 8 Uhr, in Havelstraße 13, Besprechungsraum. Thema: „Die Angestellten und der neue Reichstag“. Referenten: Finanzminister Genosse Lademann, Karl Bauer und Grete Weisberg vom Zentralverband der Angestellten.

Reinhold. 7. Abt. Extra-Bezirksversammlung des 65. Bezirks, 7 Uhr bei Stabel, Rehrer 3.

Schmiedewitz-Schwabe. Öffentliche Wählerversammlung 7 1/2 Uhr im Lokal Storkow. Thema: Sozialdemokratie und die Reichstagswahl. Ref.: Genosse Dr. Jochim.

Morgen, 3. Juni:

29. Abt. 7 Uhr bei W. Burg, Brenzlauer Allee 189, wichtige Besprechung aller Bezirksführer und Wahlleiter.

37. Abt. 5 Uhr bei Häbner, Wilsnacker Str. 34. Genossen, Heranz zur Flugblattverbreitung!

Johannisthal. 6 Uhr Flugblattverbreitung von den Lokalen Kriener und Gubin an. Um 8 Uhr Versammlung aller Parteimitglieder im Lokale von Gubin, Moonstraße, zur Besprechung der vorzunehmenden Arbeiten am Wahltag.

Charlottenburg. 13. Gruppe. Donnerstag, den 3. Juni, 7 Uhr, zahlreich in der Schulaula 13, Gemeindeschule, Besprechungsraum. Wichtigste Besprechung.

Die heute früh verzeichnete angekündigte Versammlung im Volksklub Kollnsee, findet nicht statt.

Tempelhof. 8 Uhr in der Aula der Gemeindeschule in der Berdestraße, öffentliche Versammlung für die Hausangestellten. Referent Genosse Glöde.

Pankow. 6 Uhr Flugblattverteilung von allen zahlreich an:

